

Claus Leggewie

SEIT

**Opposition
Protest
Widerstand**

**Kiepenheuer
& Witsch**



Verlag Kiepenheuer & Witsch, FSC-N001512

1. Auflage 2019

© 2019, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotografie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlaggestaltung: Rudolf Linn, Köln

Gesetzt aus der Freight Text und der Gotham Condensed

Satz: Dörlemann Satz, Lemförde

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pöbneck

ISBN 978-3-462-05329-6

INHALT

Griff nach der Notbremse. Ein Vorwort 7

Es ist hier geschehen

*Artikel 20 13 – Falsche Analogien, später Alarm 20 –
Variationen zivilen Ungehorsams 32 – Mutmaßungen
über X 38*

Es kann überall geschehen

*Russland: Rebellionslust und Revolutionsangst 55 –
Tamam: türkische Opposition in der Diaspora 77 –
Polen und Ungarn: EUropa gegen die Autokratie 91 –
Trump und das andere Amerika 117*

Es muss nicht geschehen

*Kontext und Kulisse 154 – Belebung im Hohen Haus? 159 –
Opferschutz 163 – Wir sind mehr! 165 – Mit Rechten
reden 171 – Sagen, was ist 176*

Ausblick: Wie man Autokraten loswird

*Hoffnungszeichen 183 – Nicht rechts, nicht links? 189 –
Der Thunberg-Effekt 197*

Anmerkungen 201

GRIFF NACH DER NOTBREMSE

EIN VORWORT

»Marx sagt, die Revolutionen sind die
Lokomotiven der Weltgeschichte.
Aber vielleicht ist dem gänzlich anders.
Vielleicht sind die Revolutionen der Griff
des in diesem Zug reisenden
Menschengeschlechts nach der Notbremse.«

Walter Benjamin

Greta Thunberg hat die eindrucksvollste Bewegung des Jahres 2018 angestoßen. Millionen Menschen in der ganzen Welt wissen jetzt, dass die 16-Jährige, um die Gleichgültigkeit im Kampf gegen gefährlichen Klimawandel zu überwinden, freitags die Schule schwänzte und einen Sitzstreik vor dem Parlament in Stockholm machte. Sie forderte die Verantwortlichen auf, endlich die Notbremse zu ziehen: »Wenn ein paar Kinder es schaffen, Schlagzeilen auf der ganzen Welt zu bekommen, indem sie einfach nicht zur Schule gehen, dann stellen Sie sich mal vor, was wir alles erreichen könnten, wenn wir es wirklich wollten.«¹ Dieser individuelle Akt zivilen Ungehorsams breitete sich aus wie ein Lauffeuer. In Deutschland gingen Schüler und

Studierende über Wochen hinweg auf die Straße, Gruppen wie Extinction Rebellion, die das nicht minder gravierende Problem des Artensterbens bewegt², blockierten Straßen und Brücken. Für den September 2019 ist »Earth Strike« angesetzt, der bis dato größte Klimaprotest weltweit. Das ist naiv – im Sinne Immanuel Kants, der Naivität als »Ausbruch der der Menschheit ursprünglichen Aufrichtigkeit wider die zur anderen Natur gewordenen Verstellungskunst« gewürdigt hat. Damit ist man gern im Bunde.³

Aber wie soll es weitergehen? Protestbewegungen flauen ab, ihr Erfolg bemisst sich auf mittlere Sicht an *politischen* Kurswechseln. So wichtig also Korrekturen am Lebensstil sind, die Greta Thunberg konsequent vorexerziert, so unabdingbar bleibt doch eine Gesetzgebung, für die man Mehrheiten braucht. 2019 drohte die Europäische Union eine Menge Jungwähler zu verlieren, die sich über die im Europäischen Parlament beschlossene Reform des Urheberrechts geärgert hatten. Genau wie versäumter Klimaschutz beförderte auch diese zu wenig erklärte Reform die Parteiverdrossenheit. Doch würde ein Absentismus aus Protest genau die Kräfte stärken, die menschengemachten Klimawandel leugnen und das Internet für Propaganda und Manipulation missbrauchen.

Gretas Beispiel leitet hier kein Buch über Klimaschutz ein, es geht um Formen des Widerstands gegen autoritäre Regime und Tendenzen. Beides hängt stärker zusammen, als es auf den ersten Blick erscheint. Dass die Energiewende in Schweden nicht vorankommt, liegt an der Schwerfälligkeit

der dortigen Innenpolitik, aber vor allem daran, dass die Regierungen der Vereinigten Staaten, Russlands und Brasiliens, als Hauptverursacher von CO₂-Emissionen unverzichtbar für die Einhaltung des Pariser Abkommens, die Verringerung von CO₂-Emissionen verweigern und sich aus der multilateralen Klimapolitik verabschiedet haben. Die Rechte proklamiert Heimatschutz und setzt wider besseres Wissen die Heimat heutiger und künftiger Generationen aufs Spiel.⁴

Gretas mutige Aktion ist also auch ein Anstoß für den Widerstand gegen den »Rechtspopulismus«, genauer: den völkisch-autoritären Nationalismus, der alte und neue Demokratien in ihrem Kern angreift. Thunbergs bohrende Frage, warum wir »nichts unternommen haben, obwohl noch Zeit dazu war«, richtet sich auch an alle, die der Aushöhlung ihrer demokratischen Rechte widerspruchs- und tatenlos zusehen. »Stellen Sie sich mal vor, was wir alles erreichen könnten, wenn wir es wirklich wollten!«

Hier wird die politische Komfortzone verlassen. Richtete sich das Interesse zuletzt auf die mehr oder weniger akademische Frage, »wie Demokratien sterben«⁵, ist es nun höchste Zeit zu verstehen, wie Autokratien zu bekämpfen und zu überwinden sind. Sie werden nicht irgendwann implodieren oder von außen zerstört – beherzte Opposition, Protest und Widerstand sind notwendig, jetzt. »S'brent! Brierlekh, s'brent! oy, unzer Shtetl brent!« An diesen Alarmruf angesichts der Pogrome vor hundert Jahren wird jetzt im Blick auf den neuen Antisemitismus verschiedenster Provenienz in Deutschland erinnert. »Brennt die Stadt oder

bereiten sich die Brandstifter erst vor? Die Brandgefahr besteht jedenfalls – doch die Feuerwehr darf nicht in die falsche Richtung geschickt werden.«⁶ Der 1933 aus Nazideutschland geflüchtete Sozialwissenschaftler Albert O. Hirschman hat ein berühmtes Theorem über »Loyalität, Abwanderung und Widerspruch« entwickelt: Normalerweise verhalten sich Menschen loyal, als Bürger zu ihren Mitbürgern und zum Staat, als Beschäftigte zu ihrem Unternehmen, als Kunden zu ihrer Marke, als Partner zu Partnern – auf dieser Vertrauensbasis funktioniert Gesellschaft. Doch gibt es Momente, wo Widerspruch notwendig wird, sofern man nicht ausweicht und die Exit-Option, d.h. die Ab- oder Auswanderung, wählt.⁷ Auf dieses so einfache wie ingeniose Konzept werde ich im Folgenden immer wieder zurückkommen und eine vierte Option – *Widerstand* – anfügen. In Zeiten reaktionärer Vergangenheitssehligkeit und blinden Zukunftsvertrauens ist Geistesgegenwart gefragt, es braucht »eine Unterbrechung, einen Riss, einen Sprung, eine Sprengung der Zeit«.⁸ Während sich Gesellschaften in Kategorien langer Dauer und Zyklen bewegen, handelt Politik im richtigen Moment (*kairós*) oder tut im Bewusstsein einer irreversiblen Vorentscheidung das Notwendige. Mit einer solchen »Politik der Präsenz« werden neue Anfänge möglich.⁹

Erste Skizzen dieses Buches entstanden 2012 nach einem Gespräch mit dem französischen Widerstandskämpfer, Diplomaten und Autor Stéphane Hessel im bis auf den letzten Platz gefüllten »Lichtburg«-Kino in Essen. In seinen Streit-

schriften »Empört Euch!« und »Engagiert euch!« hatte der damals 94-Jährige ein radikales Umdenken gefordert. Muss man, fragte auch ich mich, heute Widerstand leisten? Oder ist der Begriff »Résistance« ein Anachronismus und die Sache schon vergebens? Damals schienen der Klimawandel noch leichter aufhaltbar, die Massenflucht aus dem globalen Süden regelbar, die liberale Demokratie lebendig und ein vereintes Europa garantiert. Heute steht das alles auf dem Spiel. Auf Reisen nach Süd- und Osteuropa, an die europäische Peripherie und in die Vereinigten Staaten habe ich mir ein Bild zu machen versucht, wie sich dort Opposition, Protest und Widerstand formieren. Die autokratische Reaktion in vielen Ländern ist kein normaler Pendelausschlag auf der politischen Rechts-links-Achse, sie strebt wie im Krebsgang einen radikalen Bruch mit der liberalen Weltordnung an, die Revision aller liberalen und progressiven Errungenschaften: der Überwindung der heterosexuellen Normativität, der Gleichstellung der Frauen, der Beseitigung der weißen Suprematie und der Prinzipien multilateraler Kooperation, des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, der Abschaffung der Zensur und selbst der Unversehrtheit der Person. Die autoritäre Welle ist in der Bundesrepublik Deutschland angekommen und stellt vieles von Grund auf infrage, wofür die nach 1945 Geborenen gelebt und gekämpft haben.

Wie also kann man Widerstand leisten? Das erste Kapitel erinnert an historische Fälle von Widerstand gegen die NS- und SED-Diktaturen in Deutschland und die vielfältigen Traditionen zivilen Ungehorsams bis in die Gegenwart. Im

zweiten Kapitel vergleiche ich Formen der Opposition gegen fünf Autokratien der Gegenwart: Wladimir Putins Russland, Recep Tayyip Erdoğans Türkei, Viktor Orbáns Ungarn, Jarosław Kaczyńskis Polen und Donald Trumps Amerika und erörtere ihre Optionen und Chancen. Das dritte Kapitel befasst sich damit, wie sich entsprechende Tendenzen in Deutschland darstellen und bekämpft werden können. Gewidmet ist das Buch den Aktivisten, die 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Beijing unter Einsatz ihres Lebens für Demokratie gekämpft haben, und den algerischen Freunden, die gerade einen der dienstältesten Autokraten der Welt losgeworden sind. Mögen wir mit ihnen das Licht am Ende des Tunnels sehen.

Gießen im Juli 2019

Für Recherchen, Ratschläge und Korrekturen danke ich Hans-Jürgen Bömelburg, Stefano Bottoni, Gábor Egry, Abdullah Erdoğan, Mischa Gabowitsch, Maciej Gduła, Masha Gessen, Ken Gude, Pawel Karolewski, Basil Kerski, Noémi Kiss, László Kontler, Ferenc Laczo, Erik Meyer, Dóra und Reka Kinga Papp, Maximilian Roth, Sigrid Ruby, Greg Sargent, Karl Schlögel, Michael Selee, Gerhard Seufert, Scott Shuchart, Michał Sutowski, Kristóf Szombati, Csaba Tóth, Balázs Trencsényi, Yunus Ulusoy, Michael Werz. Alle Fehler gehen auf mein Konto. Dank geht auch an meinen Lektor Helge Malchow und die Universität Gießen, die mir ausgezeichnete Forschungsmöglichkeiten bietet.

ES IST HIER GESCHEHEN

»Mir fällt zu Hitler nichts ein.«

Karl Kraus (1933)

Artikel 20

Der 30. Mai 1968 war ein aufregender Tag: Im Bundestag wurde dem deutschen Volk das Recht auf Widerstand gewährt. Der neu in Artikel 20 GG eingefügte Absatz 4 soll die freiheitlich-demokratische Grundordnung schützen: »Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.« Der Absatz war im Rahmen der am selben Tag beschlossenen Notstandsgesetze in die Verfassung aufgenommen worden. Konservative hielten den Zusatz für überflüssig oder tendenziell gefährlich, Linke sahen darin nur eine Augenwischerei angesichts der Vorkehrungen für den »inneren Notstand«, da die Bundeswehr im Notfall von nun an auch gegen bewaffnete Aufständische eingesetzt werden konnte. Schon zwei Wochen zuvor hatten Zehntausende auf einem Sternmarsch in die damalige Bundeshauptstadt Bonn gegen die Notstandsverfassung protestiert, in der nicht wenige die

Gefahr eines neuen Faschismus erblickten.¹ Für die APO, in dieser Angelegenheit ein echtes Bündnis aus Studenten und Gewerkschaften, zielte Artikel 20 auf ebenjene, die *wirklich* Widerstand leisteten. Ulrike Meinhof drückte es besonders prägnant aus: »Protest ist, wenn ich sage, das und das paßt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür Sorge, daß das, was mir nicht paßt, nicht länger geschieht. Protest ist, wenn ich sage, ich mache nicht mehr mit. Widerstand ist, wenn ich dafür Sorge, daß alle andern auch nicht mehr mitmachen.«² Inspiriert war sie durch ein Teach-in mit radikalen Black Panthers in Westberlin. Wenig später ging die Journalistin in den selbst erklärten Widerstand der RAF, bei dem »natürlich geschossen« (Meinhof) werden durfte.

Dass die »BRD« auf einen neuen Faschismus zusteuerte, war eine krasse Fehldeutung. Die Zeit um 1968 entpuppte sich eher als Aufbruch aus der autoritären Republik in eine Fundamentalliberalisierung, wie Jürgen Habermas das Erreichte später resümierte. Gegen die Notstandsgesetze zu opponieren, war im Blick auf das eilige Durchpauken des Pakets im Bundestag durch die Große Koalition durchaus nachvollziehbar, ebenso gute Gründe gab es für den parallelen Protest gegen den Vietnamkrieg, der nicht zuletzt von US-Militärbasen in Deutschland geführt wurde. Und ja, es gab Zustände im deutschen Alltag und institutionelle Missstände, die den Ruf nach einer »großen Weigerung« (Herbert Marcuse) plausibel machten. Doch für militanten Widerstand gegen die durchaus reformbereite Große Koali-

tion unter Kanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) und Außenminister Willy Brandt (SPD) bestand kein Anlass.

Heute kommt die pathetische Resistance-Rhetorik von den Rechtsradikalen, die »1968 ausknipsen« (Marion Maréchal) und die »rot-grün versiffte Republik« (Jörg Meuthen) stürzen wollen. Sie maßen sich an, gegen die »Umvolkung«, den angeblichen Verrat am deutschen Volk durch unkontrollierten Zustrom von Migranten, den Widerstand auszurufen. Der primitive Wutausbruch »Merkel muss weg!« ist die Übersetzung des Schlachtrufs der Trump-Follower gegen Hillary Clinton: »Lock her up!« (Sperrt sie ein!) Ganz rechts findet eine seltsame Mimikry statt: Mit 68er-Methoden gegen Errungenschaften von 68. 2016 berief sich ein Konvent des identitären Instituts für Staatspolitik auf ebenjenes in Artikel 20 Absatz 4 gewährte Widerstandsrecht, um die demokratisch gewählte Regierung aus dem Amt zu jagen.³ In diesem Geiste unterzeichneten auch Zigtausende die in den sozialen Medien verbreitete »Gemeinsame Erklärung 2018«: »Mit wachsendem Befremden beobachten wir, wie Deutschland durch die illegale Masseneinwanderung beschädigt wird. Wir solidarisieren uns mit denjenigen, die friedlich dafür demonstrieren, dass die rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt wird.«⁴ Friedliche Restauration? Bei solchen Demos wird auch mal ein (natürlich immer nur symbolisch gemeinter) Galgen mitgeschleppt. Die ehrenwerten Bürger, die sich hinter den Initiatoren Vera Lengsfeld, Henryk M. Broder, Uwe Tellkamp, Thilo Sarrazin und

Matthias Matussek versammelten, ließen an ihren bereitwillig mitgelieferten Berufsbezeichnungen erkennen, dass Widerstandslust nicht von ganz unten kommt, sondern im Mittelstand wurzelt. Selbstverständlich ist es jedem unbenommen, gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung zu demonstrieren, doch es ist hanebüchen, dafür ein Widerstandsrecht in Anspruch zu nehmen, weil hier keine Regierung geltendes Recht gebrochen oder gar gegen das Naturrecht verstoßen hat.⁵

Der im Folgenden behandelte Widerstand richtet sich umgekehrt *gegen* solche völkisch-autoritären Bewegungen, Parteien und Regime, die liberale Demokratien rund um den Globus herausfordern. Während »#Resist!« eine gängige Losung der demokratischen Opposition gegen Präsident Donald Trump geworden ist, klingt der Begriff in deutschen Ohren pathosverdächtig nach dem historischen Widerstand gegen die Diktatur der Nationalsozialisten. Subjektiv befinden sich freilich Demonstranten gegen die Abholzung des Hambacher Forstes ebenso im Modus eines existenziellen Widerstands gegen den weiteren Abbau von Braunkohle wie der Schwarze Block gegen den G20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017. Offenbar muss man den schillernden Begriff genauer ausloten, ihn historisch erden und seine heutigen Kontexte sortieren.

Wer an Leib und Leben Schaden zu nehmen droht, darf sich wehren – an dem Gemeinplatz wird niemand zweifeln, aber lässt sich das auf eine Obrigkeit, eine demokratisch gewählte Regierung, übertragen? Wenn Tyrannei droht, ja,

hieß es in der Antike. 514 v. Chr. wurde in Athen der Tyrann Hipparchos durch Harmodios und Aristogeiton ermordet. Einen ungerechten Herrscher, der großes Unheil anrichtete, zu beseitigen, um weiteren Schaden für das Gemeinwesen zu vermeiden, gilt Verfechtern des Tyrannenmordes seither als natürliches Recht. Ein Attentat wiegt dann weniger schwer als die dauernde Hinnahme von Unterdrückung, Gewalt und Massenmord. Zweifel an dieser Abwägung blieben, auch die Befürchtung, politischer Mord könne bloßer Vorwand für eigenes Machtstreben oder eine private Abrechnung sein (wie das übrigens schon im Fall des Hipparchos vermutet wurde). Auch der »Kreisauer Kreis« stritt heftig über die Frage, ob man Adolf Hitler, einen offensichtlichen Willkürherrscher, Kriegsverbrecher und Völkermörder, mit Gewalt beseitigen dürfe, wozu sich die aus diesem Kreis hervorgegangenen Attentäter des 20. Juli 1944 dann ohne letzten Erfolg durchrangen.

Das Widerstandsrecht fand Eingang in richtungsweisende Verfassungsdokumente seit der Magna Charta von 1215. Im etwa zeitgleichen Sachsenspiegel hieß es: »Der Mann muß auch seinem König und Richter, wenn dieser Unrecht tut, Widerstand leisten und helfen, ihm zu wehren in jeder Weise, selbst wenn jener sein Verwandter oder Lehnsherr ist, und damit verletzt er seine Treupflicht nicht.« Die Monarchomachen, eine Gruppe calvinistischer Publizisten, leiteten im 16. Jahrhundert daraus die generelle Begrenzung der Staatsgewalt ab und proklamierten ein Recht der Stände, Herrscher auf friedlichem Wege abzusetzen – im Notfall auf

unfriedliche Art und Weise. Friedrich Schiller versetzte sich in die aufständischen Niederländer: »Groß und beruhigend ist der Gedanke, daß gegen die trotzigsten Anmaßungen der Fürstengewalt endlich noch eine Hilfe vorhanden ist, daß ihre berechneten Pläne an der menschlichen Freiheit zuschanden werden, daß ein herzhafter Widerstand auch den gestreckten Arm eines Despoten beugen kann.«⁶ So hat Schiller den »W-Punkt« bedacht und abgewogen, wann der *kairós*, der richtige Moment zum Widerstand gegen einen Tyrannen, gekommen ist.

Das Schwanken des Widerstandsgedankens zwischen Legalität und Legitimität kann man exemplarisch darlegen am philosophischen Fernduell zwischen John Locke und Immanuel Kant. Der Engländer leitet im »Second Treatise on Government« (1689) das Recht auf Widerstand gegen Willkürherrschaft aus dem (fiktiven) Gesellschaftsvertrag ab: Wenn Bürger aus dem Naturzustand treten, delegieren sie ihr natürliches Recht auf Selbstverteidigung an eine Regierung, die Leben, Freiheit und Eigentum des Einzelnen schützen soll. Wenn diese versagt oder sich selbst aufführt wie Räuber, Piraten und Fremdherrscher, fällt das Selbstverteidigungsrecht an die Bürger zurück, die sich wehren dürfen, wenn sonstige Mittel des Rechtsschutzes ausgeschöpft sind. Dagegen wandte Immanuel Kant ein Jahrhundert später in der *Metaphysik der Sitten* (1797) ein, das Volk könne egoistische Ziele verfolgen, die sich ständig verändern; da wäre es nicht logisch, dem Souverän eine allerobere Instanz, das Volk selbst, überzuordnen. Nur

die Geltung positiven Rechts könne den Rückfall in den Naturzustand vermeiden. Lockes Zeithintergrund war der konfessionelle Bürgerkrieg in England, Kant schrieb vor dem Hintergrund der Wende der Französischen Revolution in die Terreur und der Gegenrevolution der Vendée. Er gab dem »Gebrauch der Feder« den Vorzug, der Ausübung von Gedanken- und Meinungsfreiheit im Rahmen der geltenden Gesetze.

Das Recht auf Widerstand ist in vielen Verfassungen verankert, nur wozu nutzt es, wenn eine Diktatur bereits errichtet und keine Richter mehr vorhanden sind? Ist man dann wie Georg Elser, der einsame Attentäter des Jahres 1939, der Adolf Hitler im Münchner Bürgerbräukeller in die Luft jagen wollte, auf die individuelle Gewissensentscheidung zurückverwiesen?²⁷ Das Dilemma, wer letztlich über die Legitimität eines extralegalen Widerstandsaktes entscheiden soll, haben moderne Verfassungsstaaten aufzulösen versucht, indem sie das Prinzip der Gewaltenteilung als Wall gegen Machtwillkür institutionalisierten, mit dem Exekutive, Legislative und Judikative sich wechselseitig kontrollieren und die Verselbstständigung der Herrschaft durch parlamentarische Aufsicht und eine unabhängige Justiz unterbunden wird. Diesen Selbstschutz konnte man lange für einigermaßen gesichert halten, doch kommen erneut auch in gefestigten Demokratien Zweifel an seinem Funktionieren auf. Das Erste, was potenzielle Autokraten attackieren, sind unabhängige Gerichte, die freie Presse und die Opposition.

Was hat die Gewährung des Widerstandsrechts am 30. Mai 1968 gebracht? Die Kommentatoren des Grundgesetzes sind durchweg skeptisch und müssen dies angesichts der zitierten anti- und neofaschistischen Fehldeutungen von Artikel 20 Absatz 4 auch sein: »Das Recht auf Widerstand ist in der Praxis schwer zu realisieren. Dennoch behält es eine wichtige symbolische Funktion: Es vermittelt uns Bürgern die Zuversicht, daß wir uns ungerechten Herrschern oder Regenten widersetzen dürfen«.⁸ An welchem Punkt (nennen wir ihn wieder den W-Punkt) können naturrechtlich begründete Werte sich über positives (Un-)Recht erheben, wo verlaufen die »roten Linien« für die Aufbegehrenden? Wie universal gültig ist ein Widerstandsrecht, wenn ganz unterschiedliche, zum Teil konträre Konzepte der Menschen- und Personenwürde aufeinanderprallen? Ein weltweit identisches Verständnis von Gerechtigkeit wird man nicht unterstellen können, aber vielleicht die Minimalprämisse, dass alle Menschen verwundbar und auf Kooperation angewiesen sind, ebenso das Gebot der »Einbeziehung des anderen« bei der Verfolgung persönlichen Glücks, das ein Zusammenleben in Differenz erst möglich macht.

Falsche Analogien, später Alarm

Wer heute zum »Widerstand gegen rechts« aufruft, gerät schnell in den Verdacht falscher Analogien zum »Dritten Reich« und in den Ruf des Alarmismus – zu hoch gegriffen und zu früh agiert. Doch gibt es auch die spiegelbildliche

Alles-wird-gut-Haltung in der trügerischen Gewissheit, Europa werde wie alle Krisen nach 1945 auch diese unbeschadet überstehen. Es geht darum, Augenmaß und Urteils-kraft in der Zeitdiagnose zu gewinnen, um Panik ebenso zu vermeiden wie Indifferenz. Geschichte bietet die Chance, *ohne* Schaden klug zu werden. Aus der Geschichte könne man alles beweisen, lautet das Gegenargument. Damit werden Kenntnis der und Erinnerung an die zwischen 1933 und 1945 gegen den Nationalsozialismus gerichteten Aktivitäten nicht wertlos. Sie reichten vom passiven Nicht-Mittun-Wollen bei dem, was im »Dritten Reich« erwünscht und gefordert war, über weltanschaulich begründete Gegenpositionen bis zum informellen oder organisierten Einsatz des eigenen Lebens im Kampf gegen Institutionen und Vertreter des »Dritten Reiches«. Die Attentäter des 20. Juli, eine Gruppe hoher Offiziere um Claus Graf von Stauffenberg, dienten lange als vornehmster Beweis, dass es ein anderes, besseres Deutschland gegeben hatte,⁹ dabei sind die »Verschwörer« bis heute umstritten: Waren das nicht Landesverräter, setzten sie nicht das Leben Unschuldiger aufs Spiel, hingen sie nicht selbst autoritären Weltanschauungen an?¹⁰

Erst spät wurden Widerstandskämpfer anderer Couleur, vor allem aus der kommunistischen Arbeiterbewegung, gewürdigt. So sah beinahe jedes Jahrzehnt Widerstand mit anderen Augen, interpretierte ihn aus der jeweiligen Gegenwart neu und zog unterschiedliche Lehren für die Zukunft. In ihrem 1964 aus Anlass des Prozesses gegen den Schreib-

tischtäter Adolf Eichmann verfassten Essay »Was heißt persönliche Verantwortung unter einer Diktatur?« stellte Hannah Arendt am Beispiel der Befehlsverweigerer die autonome Urteilskraft als Antrieb des Widerstands heraus: »Diejenigen, die nicht teilnahmen und von der Mehrheit als unverantwortlich bezeichnet wurden, waren die einzigen, die es wagten, selber zu urteilen. (...) Sie stellten sich die Frage, inwiefern sie mit sich selbst in Frieden leben könnten, wenn sie bestimmte Taten begangen hätten; und sie zogen es vor, nichts zu tun. (...) Nicht weil sie das Gebot ›Du sollst nicht töten‹ streng befolgt hätten, lehnten sie es ab zu morden, sondern eher deshalb, weil sie nicht willens waren, mit einem Mörder zusammenzuleben – mit sich selbst.«¹¹ Man *musste* nicht mitmachen, sich an Verbrechen beteiligen oder diese decken, man *konnte* etwas tun oder unterlassen, wenn man sich auf sein eigenes Urteil verließ.

Widerstand hat viele Facetten. Eine verallgemeinerbare Definition bezeichnet ihn als »... eine Provokation, welche die Toleranzschwelle des ... Regimes unter den jeweils gegebenen Umständen bewusst überschreitet, mit einer Handlungsperspektive, die auf eine Schädigung oder Liquidation des Herrschaftssystems abzielt«.¹² Noch allgemeiner wird »Resistenz« definiert als ein schlichtes Nicht-Einverstanden-Sein, aber Widerstand ist mehr als ein Flüsterwitz im privaten Kreis: Es ist eine (meist sehr einsame) Haltung der Verweigerung, die zur Handlung drängt und damit ein hohes persönliches Risiko eingeht.

Wie kommt man zu diesem »point of no return«? Die

Lebenswege der Widerständler zeigen unterschiedlichste Motivlagen, Aktionsformen und Zielgruppen¹³: Es gab den politisch motivierten Widerstand, speziell der linken Arbeiterbewegung, den religiös begründeten Widerstand der christlichen Kirchen, vor allem gegen die Euthanasie, auch der Zeugen Jehovas, und den verzweifelten jüdischen Widerstand. Es gab praktische Hilfe für Verfolgte, vor allem Juden und besonders unter Beschuss geratene Berufsgruppen, die Empörung junger Menschen wie der Swing-Begeisterten, der Weißen Rose oder der Edelweiß-Piraten, nicht zuletzt Saboteure und Deserteure, denen die Anerkennung nach 1945 hartnäckig verweigert blieb. Im Widerstand waren auch NSDAP-Mitglieder, Einzelgänger vom Typ des bereits erwähnten Georg Elser, Gelehrte wie aus dem ordoliberalen Freiburger Ökonomenkreis und klandestine Freundeskreise wie die sogenannte Rote Kapelle. Gegen die Übermacht und Terrorgewalt des Nationalsozialismus traten nicht zuletzt »einfache Menschen« an, denen das Regime den Sinn für Menschlichkeit oder – mit Arendt – die Urteilskraft nicht austreiben konnte. Im Widerstand waren Menschen aktiv, die ihr Leben lang Politik gemacht hatten, genauso wie solche, die sich dafür nie im Leben interessiert hätten, wäre Hitler ihnen nicht als existenzielle Gefahr für sich, ihre Familien und die ganze Menschheit erschienen. Wie Otto und Elise Hampel, die Hans Fallada 1947 in dem Roman »Jeder stirbt für sich allein« nach dem authentischen Fall eines Ehepaares geschildert hat, das in Berlin bis 1942 handgefertigte Postkarten-Flugblätter gegen

Hitler ausgelegt hatte und nach einer Denunziation festgenommen und hingerichtet wurde.

Vom »W-Punkt« war schon die Rede. Wie erkennt man den richtigen Moment, wann sagt man »jetzt«? Der aus dem katholischen Zentrum kommende Eugen Bolz schrieb noch 1932 in einem Brief an seine Frau nach einem Treffen mit dem NSDAP-Chef: »Mein Eindruck über Hitler war ein besserer, als ich vermutete. Seine Äußerungen waren konsequent und klar, und seine Auffassungen decken sich im Allgemeinen weitgehend mit den unseren.«¹⁴ Man sieht hier exemplarisch, wie schwankende oder abwiegelnde Positionen zu einer aufziehenden Diktatur existierten und oft noch länger Bestand hatten, bevor einer wie Bolz dann doch noch zum Widerstand des 20. Juli stieß. Am 23. Januar 1945 starb auch er in Berlin-Plötzensee unterm Fallbeil.

Nehmen wir also eine andere zeitliche Perspektive ein: nicht das bald aussichtslos scheinende Aufraffen gegen den schon an der Macht befindlichen Reichskanzler, sondern die Beurteilung des Hasardeurs der 1920er-Jahre, dessen aufhaltsamen Aufstieg man in jeder Etappe hätte verhindern können. Wer zur heutigen Renaissance einer völkisch-autoritären Rechten ein »neues 33« an die Wand wirft, erliegt sicher einem Kurzschluss, von einer »Machtergreifung« ist die AfD meilenweit entfernt. Betrachten muss man ihren aktuellen Erfolg aber ohne Weiteres im Licht des Aufstiegs der Kleinstpartei NSDAP von 1925 zur führenden Reichstagsopposition 1930. Wenn eine derart skurrile Splitterpartei, die bei den Reichstagswahlen im Mai 1928

ganze 2,63 % der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte, bis Juli 1932 auf 37,23 % anwuchs, muss man fragen, wie Hitler und die NSDAP *vor* 1933 gesehen und bewertet wurden – wer sie aus welchen Gründen verkannte und wer mit größerem Spürsinn hinschaute. Dass man die Bewegung zu diesem Zeitpunkt falsch einschätzte, führte zu katastrophalen Irrtümern der bürgerlichen wie kommunistischen Parteien, die stets andere Kalküle verfolgten und Hitler damit ungewollt stärkten. Die KPD erklärte die »Sozialfaschisten« der SPD zum Hauptfeind und machte mit den Nazis bisweilen gemeinsame Sache, Bürgerliche (wie Bolz) sahen stets die größere Gefahr von links kommen und zogen Hindenburgs konservative DNVP als Bündnispartner vor, die dann 1932/33 der NSDAP den Steigbügel hielt.

Der Untergang der Weimarer Republik wird landläufig als fatales Resultat der Weltwirtschaftskrise gedeutet. Auch wenn soziale Notlagen zur Radikalisierung beitrugen, hat vornehmlich die Schwäche der bürgerlichen Mitte und ihre Verachtung der Sozialdemokratie den fassbaren Aufstieg der NSDAP beschleunigt. Und ihr zwischen 1928 und 1933 Nichtwähler zugetrieben, die – das mag einem wieder bekannt vorkommen – als Protestwähler gegen das ihnen verhasste politische System der Ersten Republik, aus Verachtung für die Eliten, aus Judenhass, Homophobie und patriarchalen Komplexen rechts votierten. Auch die NSDAP war zu Teilen eine Spielart des früher entstandenen und – man muss es wohl so sehen – bis heute grassierenden Populismus, der stets die völkisch-autoritären Wahnideen

mitschleppt, die der gesamte europäische Faschismus propagiert und grausam exekutiert hat.

Wir haben Menschen wie Eugen Bolz wahrlich nicht für ihre partielle Blindheit zu kritisieren. Denn was tun wir gerade, um der sich klar abzeichnenden Gefahr eines autoritären Rückfalls in Europa entgegenzuwirken? Die meisten wiegeln ab, haben andere Sorgen oder sie stimmen teilweise zu. Besonders verbreitet ist, auf »objektiven« Fehlern und Verhältnissen herumzureiten, die den Aufstieg der Rechten angeblich verursacht haben, statt diesen als politische Subjekte entschieden zu begegnen. Sind wir klarsichtiger, mutiger, wirkungsvoller als der antifaschistische Widerstand vor 1933? Nochmals: in den Jahren 1925, als die NSDAP ein wenig Kreide gefressen hatte und den parlamentarischen Weg einzuschlagen begann, oder 1928, als es schon Mühe kostete, funktionsfähige Regierungen gegen die antidemokratische Rechte (und Linke) zu bilden, oder 1930, als Juden und andere »Volksfeinde« offen angegriffen wurden, sich rechter Terror ausbreitete, der von einer rechtslastigen Justiz nachsichtig behandelt wurde? Aus der Geschichte lernt nicht, wer ein neues 33 ausmalt, sondern wer eine Autokratie *im Entstehen* erkennt und ihr Widerstand entgegenzusetzen weiß, *bevor* sie sich etabliert hat.¹⁵

Der Widerstand gegen Hitler war gesamteuropäisch. Auch in den von der Wehrmacht und SS besetzten Teilen Europas gab es Resistance im ganzen Spektrum vom passiven Widerstand bis zum bewaffneten Kampf der Partisanen. Zu dem Motiv, eine Diktatur zu bekämpfen, kam hier

auch bei Kommunisten und Königstreuen der patriotische Wunsch nach der Befreiung von einer Fremdherrschaft.¹⁶ Auf dieser Grundlage arbeiteten Persönlichkeiten aus allen politischen Lagern nach dem Krieg gemeinsam am Wiederaufbau und an den »Vereinigten Staaten von Europa«. Diese Formel wählte nicht nur Winston Churchill in seiner Zürcher Rede 1946, sondern auch die heute kaum noch bekannte Widerstandsgruppe »Europäische Union«, die 1939 unter Führung von Robert Havemann und Georg Groscurth aus der Widerstandsgruppe »Neu Beginnen« hervorgegangen war. Als eine EU *avant la lettre* trat sie für ein vereintes, freies und sozialistisches Europa ein, als dessen Vorkämpfer sie die ausländischen Zwangsarbeiter sah. 1943 flog die Gruppe auf, viele Mitglieder wurden hingerichtet. Ihre brennend aktuelle Botschaft ist, dass die europäische, den Nationalismus überwindende Idee aus dem Widerstand kam.

Robert Havemann, der Spiritus Rector der Europäischen Union, ist das Verbindungsglied zu der anderen zentralen Widerstandserfahrung der jüngeren deutschen Geschichte. In der frühen DDR hoch dekorierte Antifaschist und Wissenschaftler, fiel er als »Dissident« in Ungnade und stand jahrelang unter Hausarrest. Der Widerstand gegen Hitler erfährt bis heute eine stärkere Resonanz als der antikomunistische gegen das SED-Regime, das sich eine antifaschistische Identität zuschrieb und mit der historischen Aura des besseren Deutschlands schmückte, während umgekehrt in osteuropäischen Gesellschaften die Erinnerung an den Widerstand gegen das Gulag-Regime das Leiden am

Holocaust in den Schatten stellt, auch weil die NS-Kollaboration in den verschiedenen besetzten Ländern verschwiegen werden soll.¹⁷

Im SED-Regime waren aber erneut fast alle Merkmale totalitärer Herrschaft vorhanden: die Diktatur der Einheitspartei und das Verbot legaler Opposition, systematische politische Repression, weltanschauliche Gleichschaltung und Terror gegen Andersdenkende. Hinzu kam die umfassende, bis in die Poren des Alltags dringende Überwachung und Kontrolle durch den Geheimdienst.¹⁸ Erneut gab es auch die ganze Bandbreite von Widerstand: von Alltagsresistenz über informelle Opposition, passiven Ungehorsam und Samisdat bis zu Sabotageakten und dem Aufstand am 17. Juni 1953, der in der kollektiven Erinnerung das Pendant zum 20. Juli 1944 bildet, aber eine echte Volkserhebung war. Für den heutigen Widerstand gegen (semi-)autoritäre Regime ist das Beispiel der DDR-Opposition in mancher Hinsicht lehrreicher als der Widerstand gegen die Nazis. Trotz der totalitären Züge der frühen DDR und eines ungewöhnlich dichten Bespitzelungswesens gingen Oppositionelle in Ostdeutschland ein geringeres Risiko als im Kampf gegen den Komplex aus NSDAP, Gestapo und SS ein. Vor allem bestand bis zum Bau der Mauer 1961 die Exit-Option, die massenhafte Abstimmung mit den Füßen, in den Westen zu gehen, die in den 1980er-Jahren trotz der Mauer zwischen Ost und West erneut anhob.¹⁹ In der Zwischenzeit hatten Oppositionelle immer wieder den Eindruck, die Partei bewege sich und sei reformierbar. Die Kirchen standen offen

für Menschen, die auf Distanz gingen und Schutzräume brauchten. Mit der KSZE-Schlussakte 1975 lag ein äußerer Garant für Menschen- und Bürgerrechte vor, den das Regime nicht einfach ignorieren konnte. Die verbliebene Durchlässigkeit zur Bundesrepublik sorgte ebenfalls für eine gewisse Flexibilität. Solche Möglichkeiten bestehen heute z.B. analog in Polen und Ungarn, wo im Gegensatz zur DDR Oppositionsparteien, Nichtregierungsorganisationen und freie Medien weiterhin funktionieren.

Zusammengefasst reichte der historische Widerstand in Deutschland zwischen 1933 und 1989 »von der Verweigerung bis zum individuellen Protest, vom bewussten, demonstrativen Aufbegehren bis zu sozialdemokratischem, christlich-demokratischem und liberalem Widerstand, der sich in Gruppen organisierte, von kommunistischer Disziplin bis zu innerparteilicher Opposition, von politischen Streiks bis zur spontanen Massenaktion und zu Unruhen, von der Bildung offen agierender Gruppen und Bürgerinitiativen bis zum Widerstand, der sich konspirativ gesammelt und aktiv gehandelt hat«²⁰. Getragen haben ihn »... ehrwürdige Bischöfe, bodenständige Bauern, sozialistische Visionäre und Jugendliche aus subkulturellen Milieus«, die sich oft nicht grün waren, aber in der Gegnerschaft zum Regime geeint.²¹ Der Hauptunterschied des DDR-Widerstands zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus war die schon erwähnte Exit-Option, sei es durch reguläre Übersiedlung oder per Häftlingsfreikauf und Republikflucht.

Die Wahrnehmung dieser Option ist in den Kategorien